

2./XII. 1914.

Approvisionierungsangelegenheiten.**Beratung der freiheitlichen Gemeinderäte.**

In einer Sitzung der freiheitlichen Wiener Gemeinderäte erstattete Obmann Dr. Hein einen eingehenden Bericht über die bisherige Tätigkeit der im Rathause tagenden Obmännerkonferenz. Kais. Rat Fischer bezeichnete es als wünschenswert, durch Heranziehung von Hilfsrouten mehr Steinkohlen nach Wien zu befördern. Genossenschaftsvorsteher Eder besprach die Fleischapprovisionierung Wiens und verwies unter anderem auf die durch die gegenwärtige Konjunktur entstandene Schwierigkeit der Einfuhr von Schweinen aus Deutschland und auf den Export von Prima-Rindern nach Deutschland. An Stelle des Obmannstellvertreters Gemeinderates Volk, der auf den westlichen Kriegsschauplatz abgereist ist, um die Wirkungen unserer Mörserbatterien hilflich festzuhalten, wurde Gemeinderat Dr. v. Dorn in die Obmännerkonferenz entsendet. An die auf dem nördlichen Kriegsschauplatz befindlichen Verbandsmitglieder Bezirksvorsteher Dr. Blasel und Gemeinderat Woisl wurden Begrüßungsschreiben geschickt.

Eine Eingabe an den Bürgermeister.

Der „Donauklub“ hat in seiner gestrigen Plenarversammlung über Approvisionierungsangelegenheiten beraten und beschlossen, das Ergebnis dieser Beratung dem Bürgermeister zu überreichen. Wegen der Fleischapprovisionierung wurde gewünscht, daß die Ausfuhr von Mastochsen nur in einem geringen Umfange zulässig sein soll, weil dadurch der inländische Bedarf besser gedeckt werden könnte. Die einschlägigen veterinärpolizeilichen Vorschriften sollen zumindest solange milder gehandhabt werden, als die jetzigen außergewöhnlichen Verhältnisse andauern. Notwendig sei die zollfreie Einfuhr von Schweinen aus Deutschland, weil der inländische Austrieb nicht hinreicht und auf die Zufuhren aus Rußland und Serbien begreiflicherweise nicht gerechnet werden kann. Für die Verwendung von Schaf-, beziehungsweise Hammelfleisch, sowie die rationelle Verwendung der „Innerei“ möge eine kräftige Propaganda eingeleitet werden, weil dadurch der Preis des Fleisches verbilligt werden würde. Das Memorandum sagt: Um billiges Fleisch zu haben, müsse der kleinste Landwirt und Großgrundbesitzer verpflichtet werden, einen entsprechenden Viehstand dauernd zu erhalten. Es wäre daher angezeigt, wenn die Fabrikation des Kunsthüners vom Staate monopolisiert und an die betreffende ackerbau-treibende Bevölkerung nur nach erbrachtem Nachweis, daß sein Viehstand in einem ganz genau festzustellenden Verhältnis zu seinem Besitztum sich befinde, verabsolgt werden würde.